

Stromgebotszonen | 27.08.2026 | Nr. 260/26

Andreas Hein: TOP 28: Für faire Strompreise und effiziente Netznutzung

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir diskutieren heute über das Thema Stromgebotszonen. Wir alle wissen, dass wir in Schleswig-Holstein inzwischen fast doppelt so viel erneuerbare Energien produzieren, als wir zeitgleich selbst verbrauchen. Wir könnten also rein rechnerisch die Stadt Hamburg inzwischen mitversorgen und hätten sogar noch etwas über.

Und während bei uns die erneuerbare Energie vorhanden ist, steht sie gleichzeitig im Stau. Durch den fehlenden Netzausbau in den Süden ist es so, dass wir den Strom nicht dort hinbekommen, wo die Industrie im Süden ihn nachfragt.

Und das geht so weit, dass wir dafür inzwischen auch Entschädigungen zahlen. Wenn man sich dieses sogenannte Netzengpassmanagement anschaut, dann zahlen wir ungefähr drei Milliarden Euro für diese Netzengpassmanagement.

Wenn wir uns diese drei Milliarden Euro einmal genauer anschauen, dann ist es so, dass hiervon ungefähr 435 Millionen Euro im letzten Jahr an die Anlagenbetreiber der erneuerbaren Energien gingen.

Und von den 435 Millionen Euro geht der Löwenanteil nach Bayern mit ungefähr 38 Prozent, rund 165 Millionen Euro. Weitere ungefähr 28 Prozent gehen nach Niedersachsen und etwa 12,4 Prozent nach Schleswig-Holstein.

Aber von den drei Milliarden Euro geht eben der absolute Löwenanteil an die Betreiber fossiler Kraftwerke, also an die, die Erdgas- und Kohlekraftwerke betreiben. Und weil wir nunmal diese Thematik haben, dass wir hier erneuerbaren Strom haben und ihn gerne in den Süden transportieren würden, gibt es dieses Management.

Warum diskutieren wir nun also das Thema Stromgebotszonen?

Der Blick nach Skandinavien zeigt, dass es dort meines Wissens zwölf Stromgebotszonen gibt, in Deutschland gibt es eine. Die Europäische Union hat hierzu gerade ein Verfahren angestoßen und prüft, wie hier möglicherweise in Zukunft eine sinnvolle und gerechtere Aufteilung aussehen kann und deswegen haben wir diese Diskussion auch hier bei uns.

Andere Stromgebotszonen würden uns bei vielen Fragen helfen, beispielsweise die Erzeugung von grünem Wasserstoff. Wir wissen, dass wir in dem Sektor Strom sehr gut aufgestellt sind. Wir müssen nun, in der zweiten Hälfte der Energiewende, in die Sektoren Verkehr, Industrie und Wärme kommen. Der grüne Wasserstoff dient hier als verbindendes Element zwischen den Sektoren.

Um grünen Wasserstoff zu erzeugen, bräuchten wir einen 90-prozentigen Anteil an Erneuerbaren Energien in unserem Stromsektor. Dies bekommen wir bei einer einheitlichen Stromgebotszone für ganz Deutschland nicht hin.

Nun hat die IHK eine Diskussion angestoßen, bei der unter anderem die Frage diskutiert wird, ob wir in Schleswig-Holstein nicht eine Stromgebotszone mit Dänemark bilden könnten.

Eine interessante Diskussion, die hier angeschoben wurde. Die Landesregierung hat reagiert und ist sogar in Brüssel vorstellig geworden, um das Thema dort zu beleuchten. Und das Institut für die Transformation des Energiesystem an der Fachhochschule Westküste in Heide hat dazu eine Studie erstellt und sich sowohl mit den systematischen als auch den rechtlichen Folgen auseinandergesetzt.

Wir möchten in Zukunft klimaneutrales Industrieland werden und dies zielgerichtet und schnell. Deshalb sind solche Diskussionen wichtig und ich freue mich besonders darüber, dass wir diesen Antrag fraktionsübergreifend stellen, weil wir uns hier einig sind. Das ist ein wichtiges Signal in Richtung Berlin.

Machen wir uns auf den Weg, herzlichen Dank!